

Architecture: Made in Luxembourg

Les conférences de plus en plus prisées ces derniers temps de la Fondation de l'architecture sont signe du renouveau dans le milieu des architectes du Luxembourg. La Fondation elle-même s'est également renouvelée, se donnant un nouveau président en la personne de François Valentiny. Ardent défenseur de la Cité judiciaire d'un Rob Krier (voir woxx n° 209 (2001), Valentiny ne peut cependant pas être qualifié comme rénovateur. Lors de la conférence de presse de mardi dernier, dont l'objectif était de présenter le programme futur de l'association, l'architecte a plutôt fait dans un lobbyisme connu: "Pourquoi le Luxembourg depuis plus d'un siècle déjà laisse-t-il construire ses bâtiments importants par des architectes étrangers? Pourquoi se donner une identité luxembourgeoise par un design qui vient de l'extérieur?" Questions auxquelles le président d'honneur Bohdan Paczowski a répliqué sagement qu'il y a trente ans, la scène des architectes était infiniment plus pauvre que la scène actuelle: "Aujourd'hui, il y a une dizaine de bureaux luxembourgeois qui peuvent faire face aux bureaux internationaux." Par rapport au fait que les projets de la Fondation pour l'année de la culture 2007 n'ont pas été retenus, le nouveau président pense qu'"on n'est pas là pour servir des événements qui passent". Signalons néanmoins des événements "passagers" comme la très attendue conférence de l'architecte allemand Otto Frei prévue pour printemps. Et les nouvelles perspectives créées pour les étudiants, d'identité luxembourgeoise ou non, par la mise en place d'un master en architecture à l'Université du Luxembourg.

Klimaabschluss kommt

Die Umweltkommission des Abgeordnetenhauses soll am kommenden Donnerstag den Bericht zum Gesetzesprojekt 5510 gutheißen. Weil Luxemburg das selbstgesetzte Ziel von 28 Prozent CO₂ Einsparungen gegenüber 1990 nicht erreichen wird, werden jetzt die Weichen für den weltweiten Emissionshandel gestellt. Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen, die sich anfangs noch gegen jedwede Form eines solchen Klimaablasses gestemmt hatten, haben insofern resigniert, als sie jetzt nur noch darauf bestehen, dass die durch Emissionshandel erworbenen CO₂-Quoten nicht über 50 Prozent der von Luxemburg versprochenen CO₂-Einsparungen liegen dürfen. Außerdem wird eine absolute Transparenz bezüglich der für die "Clean Development Mechanisms" (CMD) zurückgehaltenen Projekte mit Drittländern gefordert, wobei der Förderung der Atomindustrie eine klare Absage erteilt werden soll. Angesichts knapper staatlicher Mittel wäre es reizvoll, die für die CDM investierten Mittel dem Entwicklungshaushalt ganz oder teilweise zuzurechnen. Damit wären zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Entwicklungshilfe nimmt nominal zu, und Luxemburg löst seine Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls ein. Eine Zweckentfremdung, gegen die sich die NGOs zur Wehr setzen.

Universität: Roulette russe au sommet?

Après le chassé-croisé autour du site des facultés universitaires, un nouveau drame semble se jouer au campus Limpertsberg. En effet, l'ordre du jour du Conseil de gouvernance de samedi prochain contient un point hautement explosif: la restructuration de l'équipe rectoriale. Cela viserait au remplacement de la vice-rectrice Adelheid Ehmke. Les raisons de cette proposition, qui émanerait du recteur Rolf Tarrach, sont obscures. En effet, dans un communiqué de presse, l'université vient de chanter les louanges de la vice-rectrice à l'occasion de sa nomination comme membre du Hochschulrat de la TU Braunschweig. Du côté des organes dirigeants de l'université, on se refuse à tout commentaire. D'après nos informations, la révocation d'Adelheid Ehmke n'aurait ni l'accord de la personne concernée, ni celui du représentant du gouvernement au Conseil de gouvernance, Germain Dondelinger. Or, si la version initiale de la loi universitaire prévoyait un "Hannibal Rektor" tout-puissant, la version finale restreint fortement sa latitude d'action. La tentative de se débarrasser de sa collaboratrice pourrait finir par se retourner contre Rolf Tarrach.

"So kann man keine internationale Ordnung aufbauen." Clemens Ronnefeldt argumentiert gegen die Ungleichbehandlung des Iran in Sachen Urananreicherung, ist aber selber Atomwaffen- und Atomkraftgegner.

(Foto: CR)



ATOMSTREIT MIT IRAN

"Noch ist Zeit zum Verhandeln"

woxx: Der Atomstreit mit dem Iran spitzt sich zu. Ist jetzt der nächste Krieg im Nahen Osten fällig?

Clemens Ronnefeldt: Es bleibt Spielraum für diplomatische Lösungen, doch die Situation ist sehr kritisch. Ich befürchte, dass es noch in diesem Jahr zu gezielten Luftschlägen gegen den Iran kommt. Wenn der Atomreaktor in Busher erst einmal fertig gebaut und mit Brennstäben bestückt ist, kann man nicht mehr bombardieren. Man würde einen nuklearen Super-Gau mit einer großflächigen Verstrahlung riskieren.

Gibt es konkrete Vorbereitungen für solche Luftschläge?

Ende vergangenen Jahres haben sich die USA bemüht, Überflugrechte in der Türkei einzuholen. In Aserbaïdjan ist ein Flugplatz im Bau, von dem aus man Teheran erreichen könnte. Außerdem haben die USA 500 Spezialbomben an Israel geliefert, mit denen man tief verbunkerte Ziele angreifen kann.

Kann es dabei auch zum Einsatz von Atomwaffen kommen?

Die an Israel gelieferten Bomben sind konventioneller Art. Professor Michel Chossudovsky hat aber nachgewiesen, dass es in den USA Planungen gibt, tief verbunkerte Ziele mit Mini-Atombomben zu zerstören. Ich halte das für skandalös. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat 1996 jedweden Einsatz von Atomwaffen als völkerrechtswidrig eingestuft. Nach den Äußerungen des französischen Präsidenten Jacques Chirac ist es wichtig, die öffentliche Meinung wachzurütteln: Atombomben können kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein, weil sie weiträumige Zerstörungen anrichten und zahlreiche Menschenleben kosten.

Wären Luftschläge - sofern sie konventionell bleiben - nicht eine Lösung der Probleme, die das iranische Atomprogramm aufwirft?

Nein, die Zerstörung des irakischen Atomreaktors 1981 durch Israel hat das Problem der Massenvernichtungswaffen im Irak auch nicht gelöst. Die Gefahr bei einer Bombardierung ist, dass iranische Soldaten in den Irak und Afghanistan eindringen und dort US-Truppen angreifen. Das könnte zu einem Konflikt eskalieren, der die gesamte Region in Brand setzt. Ich glaube aber, dass derzeit noch eine diplomatische Lösung möglich wäre. Man kann den Atomwaffensperrvertrag doch nicht so anwenden, dass man Indien und Pakistan, Israel und Nordkorea gewähren lässt, weil sie nicht im Vertrag drin sind - und dem Iran mit Sanktionen droht. Internationale Verträge sind nur dann glaubwürdig, wenn sie für alle Staaten gelten. Man kann nicht ein Land herauspicken und ihm besondere Regeln auferlegen. Die bisherigen Atomarbeiten Irans verstoßen nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag.

Iran ist ja nicht irgendein Land. Die Aussagen von Präsident Ahmadinejad zu Israel klingen sehr bedrohlich.

Die Äußerungen zur Auslöschung Israels und zur Leugnung des Holocaust verurteile ich aufs Schärfste. Iran ist allerdings derzeit keine reale Bedrohung für Israel, weil das Land noch einige Jahre vom Bau einer Atombombe entfernt ist. Diesen Zeitraum kann man nutzen für andere Lösungen als eine Bombardierung der Atomanlagen.

Die iranische Politik hat aber zu der Eskalation beigetragen. Es wurden Informationen veröffentlicht und die UN-Inspektoren durften nicht alle Anlagen inspizieren.

Der Iran wurde von der Internationalen Atomenergiebehörde gerügt, weil er bestimmte Anlagen und Arbeiten nicht rechtzeitig gemeldet hat. Die Juristen streiten sich allerdings über diese Rügen, weil das Land erst vor zwei Jahren das verschärfte Zusatzprotokoll unterzeichnet hat. In einem Fall wurde in einer Zentrifuge hoch angereichertes Uran gefunden. Es hat sich aber herausgestellt, dass dieses nicht aus Iran stammt, sondern von Pakistan mit der Zentrifuge geliefert wurde. Sicherlich versucht der Iran, in einer Art Katz- und-Maus-Spiel so viel wie möglich zu verbergen und immer gerade so viel zuzugeben, wie bereits entdeckt wurde. Das ist

kein Beitrag zur Deeskalation, dafür muss man die iranische Führung kritisieren. Die EU trägt allerdings meiner Meinung nach die größere Mitverantwortung für die Zuspitzung des Konflikts. Im August 2005 hat sie die Stilllegung bestimmter Anlagen gefordert. Und die Zusage, dass der Iran niemals aus dem Atomwaffensperrvertrag aussteigen werde. Darauf konnte der Iran nicht eingehen - keinem anderen Land werden solche Vorschriften zugemutet.

Hat denn der Iran in Ihren Augen ein Recht auf die Atombombe?

Keineswegs. Ich möchte, dass alles getan wird, um das zu verhindern. Ich glaube allerdings nicht, dass von waffenfähigem Uran in den Händen anderer Staaten keine Gefahr ausgeht. 2002 standen Indien und Pakistan am Rande eines Atomkrieges. Es wäre wünschenswert, die gesamte Region ABC-Waffenfrei zu machen. Man könnte eine Abrüstungskonferenz einberufen, bei der über das iranische Programm, aber auch über die israelischen, indischen und pakistanischen Atomwaffen verhandelt würde. Auch das Problem der Kontrolle, ob Urananreicherung zivilen oder militärischen Zwecken dient, lässt sich lösen. Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde, Mohammed El Baradei, hat vorgeschlagen, seine Behörde könne die Anreicherung für alle interessierten Staaten vornehmen. Dann könnte kein Land der Welt mehr illegal Atombomben herstellen.

Die friedliche Nutzung der Atomenergie ist doch für sich genommen schon ein Problem.

Einerseits bin ich ein entschiedener Atomkraftgegner. Atomenergie ist keine Zukunftenergie, weder im Iran noch anderswo. Deshalb begrüße ich Kooperationsprojekte zur Förderung von Sonnen- und Windenergie im Iran. Andererseits gewährt der Atomwaffensperrvertrag jedem Staat das Recht, Uran zu konvertieren und anzureichern für den Einsatz in AKWs.

Gerade den Fortbestand dieses Vertrags sehen Experten durch die aktuelle Krise gefährdet. Wenn der Iran Atommacht würde, wäre das eine Art Dambruch.

Der Atomwaffensperrvertrag wurde 1970 geschlossen im Vertrauen darauf, dass die damaligen fünf Atommächte die völlige Abrüstung ihrer nuklearen Waffenarsenale anstreben würden. Nur unter dieser Bedingung waren die übrigen Staaten bereit, auf Atombomben zu verzichten. In den vergangenen 35 Jahren hat diese Abrüstung aber nicht stattgefunden. Einige Staaten fühlen sich sicher, weil sie die Bombe haben, wollen dies aber anderen verbieten, und dazu in Ländern wie Irak und Iran Atomanlagen bombardieren. Damit öffnet man der Willkür und dem Faustrecht Tür und Tor. Nicht das Recht des Stärkeren kann Grundlage einer internationalen Ordnung sein, sondern Verträge, Abrüstung und Kooperation - um eine Situation zu erreichen, in der sich die Länder nicht mehr gegenseitig bedrohen.

Interview: Raymond Klein

Clemens Ronnefeldt

Als Friedensreferent des deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbundes ist Clemens Ronnefeldt (45) viel in Deutschland unterwegs, reist aber auch regelmäßig in Krisengebiete. Der Versöhnungsbund setzt auf das Prinzip der aktiven Gewaltfreiheit, als dritten Weg zwischen Gegengewalt und Passivität. Im Zentrum der Arbeit steht derzeit der drohende Krieg gegen den Iran. Zu diesem Thema hält Clemens Ronnefeldt auf Einladung der Friddensinitiative eine **Konferenz im Casino syndical. Termin: Montag, 13. Februar, 19h30.**